

**Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/585**

„Mit der Vor-Ort-für-dich-Kraft den Zusammenhalt in Schleswig-Holstein stärken“

und dem

**Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 20/629**

**„Mehr soziale Ansprechpartner in den Gemeinden – eine Hilfe für Ältere und Menschen,
die soziale Unterstützung bedürfen“**

Zutreffend stellen beide Anträge heraus, dass die privatautonome Solidargemeinschaft in fortschreitender Erosion befindlich ist. Dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen ist ein zu begrüßender Ansatz. Aus der Erfahrung unserer Ombudspersonen heraus lässt sich zudem feststellen, dass insbesondere die Unübersichtlichkeit bestehender Hilfs- und Unterstützungsangebote ein in nahezu allen Altersgruppen wahrgenommenes Problem darstellt. So begegnen unsere Ombudspersonen Bürgerinnen und Bürger, die vor der Frage verzweifeln, wo gibt es welche Hilfe, was wird benötigt und wer kann weiterhelfen? Unsere Ombudsperson Roswitha Spiegel führt hierzu aus:

„Kommen Anträge ins Haus, egal von welcher Institution, treten erneut die Probleme auf, da die Menschen oft nicht wissen, was sie wie ausfüllen sollen. Oft ist Resignation die Folge, die zu Verschlimmerung der Situation, gesundheitlichen Schäden, finanziellen Schwierigkeiten und verfrühter Heimaufnahme führen können. Entsprechende Hilfsangebote in Anspruch nehmen zu können, würde bei vielen Menschen Selbstbestimmung und Selbständigkeit fördern und erhalten und auch die Folgekosten für die öffentlichen Kostenträger reduzieren.

Eine Ansprechperson, die barrierefrei erreichbar ist, könnte diesen Menschen in vielen Bereichen des täglichen Lebens Rat geben und zwischen den reichlich vorhandenen Angeboten vermitteln.“

Carsten Heppner
Geschäftsführer
Verein Patientenombudsmann/-frau S.-H.

Bad Segeberg, 19.06.2023